

Niederschrift

über die 5. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 21.06.2012

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1

Sitzungsdauer: 17:30 Uhr bis 18:30 Uhr

Anwesend sind:

Bürgermeister
Gerhard Böhling

Ratsmitglieder

Prof. Dr. Hans-Günter Appel, Heide Bastrop, Anne Bödecker, Udo Borkenstein, Manfred Buß, Peter Eggerichs, Thomas Eggers, Michael Fischer, Martin von Heynitz (ab 18:00 Uhr), Horst Herckelrath, Axel Homfeldt, Janto Just, Kirsten Kaderhandt, Elena Kloß, Anne Krüger, Dörthe Kujath, Thomas Labeschautzki, Hans Müller, Joachim Müller, Sandra Muschke, Heinrich Ostendorf, Wolfgang Ottens, Susanne Riemer, Elfriede Schwitters, Frank Michael Stubenhöfer, Melanie Sudholz, Ralf Thiesing, Frank Vehoff, Andrea Wilbers, Karl Zabel

Von der Verwaltung nehmen teil:

StAR Andreas Stamer, StOAR Elke Idel, VA Uta Bohlen-Janßen,
VA Heide Schröder-Ward, StOI Maren Hinrichs,
BOAR Theodor Kramer, VA Ingrid Eggers

Es fehlen entschuldigt:

RM Horst-Dieter Freygang, Bernhard Jongebloed, Anja Kindo, Dieter Köhn,

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

RV Fischer eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

RV Fischer stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

RV Fischer stellt die Tagesordnung fest.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 26.04.2012 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

5.1. Herr Retsch erkundigt sich nach der Tendenz der Beteiligung am Bürgerhaushalt.

StOAR Idel antwortet, dass sich rund 35 Personen beteiligt haben und 219 Vorschläge eingereicht wurden. Das Ergebnis der Auswertung wird dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss sowie den Fachausschüssen im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2012 vorgelegt.

5.2. BM Böhling teilt Herrn Retsch mit, dass die Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h in der Menkestraße für den Bereich von der Volksbank bis zum Kreuzweg vorgesehen ist.

6. Bericht des Bürgermeisters

6.1. Freizeitbad Aqua-Toll

Der Verwaltungsausschuss hat in der Sitzung am 12.06.2012 beschlossen, dem Unternehmen MS Holzbau, Strücklingen, den Auftrag zur Erstellung einer Trennwand zwischen dem Sportbad und dem Erlebnisteil des Bades zu erteilen. Das Unternehmen hat Anfang dieser Woche mit den Arbeiten begonnen. Ziel dieser Maßnahme ist es, den Trocknungsprozess der Leimbinder im Erlebnisteil des Bades zu beschleunigen.

Gleichzeitig wurde einstimmig beschlossen, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe einzurichten, um die weiteren Maßnahmen kurzfristig vorzubereiten. Die Ergebnisse werden den Ratsgremien anschließend in öffentlicher Sitzung zur Beratung vorgelegt.

6.2. Rabattierung städtischer Baugrundstücke

Derzeit hat die Stadt Schortens selber nur noch wenige Baugrundstücke im Bestand. Da diese schon seit längerem im Angebot sind und Käufer/-innen bislang nicht gefunden werden konnten, hat der Verwaltungsausschuss nach Beratung im Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschlossen, eine Rabattierung für die folgenden Grundstücke auszusprechen:

- Baugrundstück „Am Pelzershamm“ in Sillenstede zur Größe von 981 m² wird künftig zum Preis von 43.000 Euro (bisher 48.510 Euro) angeboten.

- Baugrundstück Bahnweg 28 a zur Größe von 777 m² wird künftig zu einem Verkaufspreis von 45.000 Euro (alter Verkaufspreis 50.505 Euro) und das
- Baugrundstück am Weidenweg 4 in Middelsfähr zur Größe von 803 m² wird künftig zu einem Verkaufspreis von 35.000 Euro (bislang 45.105 Euro) angeboten.
- Ebenfalls noch im Bestand ist das Baugrundstück Wohnpark 5 c in Heidmühle zur Größe von 598 m², wobei hier der Kaufpreis im Einzelfall nach Vorstellung des Bauvorhabens durch einen Interessenten durch den Verwaltungsausschuss festgesetzt wird.

BM Böhling geht davon aus, dass diese – im Übrigen voll erschlossenen - Baugrundstücke nunmehr zügig entsprechende Interessenten finden werden. Diese sollten sich mit der Liegenschaftsabteilung im Rathaus, und zwar hier mit Frau Junior oder Frau Idel, in Verbindung setzen.

- 6.3. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 108 „Am Freibad/West“
Demnächst wird die Grundstücks-, Erschließungs- und Vermarktungsgesellschaft mbH (GEV), Jever, ca. 26 neue Baugrundstücke für Einzel- und Doppelhäuser anbieten können. Hierzu wurde der Bebauungsplan ausgelegt und das Beteiligungsverfahren durchgeführt. Das Ergebnis dieses Bauleitplanverfahrens soll in der nächsten Sitzung des Planungsausschusses am 18.07.2012 vorgestellt werden.
- 6.4. Potenzialflächenanalyse für Windenergieflächen
Die Auftragsvergabe für die Erstellung einer Potenzialflächenstudie für Windenergieflächen ist an das Büro Diekmann & Mosebach erfolgt. Erste Ergebnisse sollen hierzu im Oktober des Jahres öffentlich vorgestellt werden.
- 6.5. Sachstand „Kreiselbau B 210“
Seit ca. 14 Tagen ist die B 210 zwischen der Einmündung zum Gewerbegebiet und dem Nordfrost-Ring wegen der Arbeiten am neuen Kreisel gesperrt. Nach den ersten Tagen, die mit Staus verbunden waren, werden die Umleitungsempfehlungen seitdem gut angenommen. Außerdem wurden die Ampelschaltungen noch einmal angepasst. Die Bauarbeiten, die im Zeitplan liegen, sollen bis zum 23.07.2012 abgeschlossen werden.
- 6.6. Bundeswehr
Aktuell wurden noch einmal die Ergebnisse der „Strukturreform Bundeswehr“ für Upjever bestätigt. Der Standort wird von derzeit 1.620 in den nächsten Jahren auf 2.050 Dienstposten anwachsen.

Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass die Bundeswehr im Technologie Centrum Nordwest (TCN) weitere Flächen zur Größe von ca. 5000 m² zur Unterbringung des Marineunterstützungskommandos

langfristig ab Herbst dieses Jahres angemietet hat.

Die Zahl der Dienstposten wird dann noch einmal von heute 250 auf ca. 500 Dienstposten anwachsen.

6.7. 60. Kramermarkt

Am kommenden Wochenende findet der 60. Kramermarkt statt. Nach 2011 wird der Markt auch in diesem Jahr von den Schaustellerverbänden organisiert.

Zur morgigen Eröffnung wird wieder alkoholfreies Jever Fun-Bier ausgeschenkt.

6.8. Zu den Baumaßnahmen ist Folgendes zu berichten:

- Der Schmutzwasserkanal der Stichstraße im TCN für Arvato wurde fertig gestellt.
- Beauftragt wurde die Sanierung des Schmutzwasserkanals in der Lärchenstraße und in der Fehmarnstraße, und zwar jeweils für den ersten Bauabschnitt.
- Ebenfalls erteilt wurde der Auftrag für die Erneuerung des Pumpwerks in der Heinrich-Tönjes-Straße.

Alle dargestellten Baumaßnahmen beginnen in Kürze.

7. Vorlage des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 23.05.2012

8. Neufassung Hundesteuersatzung **SV-Nr. 11//0211**

StOAR Idel trägt den Beschlussvorschlag vor.

RM Borkenstein erklärt, dass eine Steuererhöhung grundsätzlich keine attraktive Maßnahme für eine Kommune darstellt. Der Gesetzgeber habe der Kommune Instrumente wie die Hunde-, Gewerbe- und Einkommensteuer jedoch zur Aufrechterhaltung des finanziellen Handlungsspielraumes zur Verfügung gestellt. Mit der geplanten Erhöhung der Hundesteuer passe sich die Stadt Schortens den Sätzen der umliegenden Kommunen an.

Mit Blick auf die nachteiligen Auswirkungen für die Hundebesitzer/-innen gibt er zu bedenken, dass die Stadt auch Leistungen für diese erbringt. Hierzu geht er näher auf die Hundefreilauffläche am Huntsteert, die Freilauffläche in Bereich „Park Hohe Gast“ sowie die jährliche Unterstützung des Tierschutzvereins Wilhelmshaven ein.

Eine sporadische Umfrage durch die Gruppe unter Hundebesitzer/-innen habe ergeben, dass der überwiegende Teil die vorgesehene Erhöhung als angemessen beurteilt. RM Borkenstein hält die geplante Erhöhung für angemessen und akzeptabel und bittet die Ratsmitglieder daher, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

RM Just teilt mit, dass durch die Erhöhung der Hundesteuer Mehreinnahmen in Höhe von 22.600 Euro erzielt werden sollen. Sowohl durch diese als auch durch die für 2013 seitens der Mehrheitsgruppe geplante Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer mit einem Volumen von zusammen rund 400.000 Euro für das Jahr 2013 könne der Handlungsspielraum der Stadt jedoch kaum aufrechterhalten werden, da sich das Defizit in diesem Jahr in Richtung 2 Mio. bewege. Zur Erweiterung des Handlungsspielraumes benötige die Stadt daher dauerhaft 1 Mio. Euro. Ergänzend führt er aus, dass durch einen Verzicht auf die jährlichen Ausgaben für die Jugendwerkstatt, Drittkräfte in Krippen, die Randbetreuung und Sozialarbeiter an Grundschulen in Höhe von insgesamt rund 545.000 Euro, welche die Stadt anstelle des Landes bzw. des Kreises leiste, eine Steuererhöhung entbehrlich wäre. Hinzu kämen Ausgaben in horrender Größe für Dinge, welche die Stadt nach Ansicht seiner Gruppe nicht brauche, hierzu zähle insbesondere das Jugend- bzw. Familienzentrum, da es lediglich von wenigen Besucher/-innen genutzt werde. Durch Verzicht auf diese Ausgaben seien Einsparungen bis zu 1 Mio. Euro und damit die Erreichung des erforderlichen Handlungsspielraumes möglich. Die Mitglieder der BfB/UWG-Gruppe sprechen sich gegen eine Steuererhöhung und damit verbunden gegen eine stärkere Belastung der Bürger/-innen aus.

RM Homfeldt hält es ebenfalls für erforderlich, sich um die Ausgabenstruktur zu kümmern, um die Bürgerinnen und Bürger nicht zusätzlich zu belasten. Die Kinder- und Jugendarbeit in dieser Stadt stehe für die CDU-Fraktion jedoch außer Frage.

Ein grundsätzliches Problem besteht für seine Fraktion allerdings in Steuererhöhungen. Die geplante Erhöhung der Hundesteuer um 25 bis 30 % erachtet sie daher als unangemessen. Er gibt zu bedenken, dass ein Hund für viele - insbesondere auch ältere und allein lebende - Menschen nicht nur ein Haustier, sondern ein Lebensbegleiter ist. Da es gerade diesen Menschen oftmals auch finanziell schlecht geht, könne die Erhöhung durchaus als unethisch bezeichnet werden. Auch handele es sich hierbei nicht um eine Lenkungssteuer, da die Anzahl der Hunde trotz der Hundesteuer weiter zunimmt. Es sei ungerecht, eine einzelne Tiergruppe zu besteuern und zudem gleichzeitig Menschen für ihre Tierliebe zu bestrafen.

Die Steuererhöhung sei zudem unsozial, da es keinen inhaltlichen Grund für sie gibt. In diesem Zusammenhang verweist RM Homfeldt auf eine Aussage des Bürgermeisters in der Sitzung des Ausschusses für Sport, Kultur und Tourismus, wonach mit Mehreinnahmen, die durch diese Steuererhöhung zu erzielen sind, eine Drittkraft in den Krippen bezahlt werden könnte. Die kleine Gruppe von in Schortens lebenden Hundebesitzern gezielt für einzelne Ausgaben heranzuziehen, empfindet die CDU-Fraktion als sehr unsozial. Aufgrund der vorgenannten Ausführungen sowie der grundsätzlichen Haltung gegen Steuererhöhungen, werde die CDU-Fraktion der Steuererhöhung nicht zustimmen.

Abschließend verweist RM Homfeldt auf die für das Haushaltsjahr 2011 von den Ratsfraktionen gemeinsam formulierten 50 Einzelziele, die bereits zu einer Verbesserung der finanziellen Situation geführt haben, und regt an, diese gemeinsam fortzuführen, um die Möglichkeiten der

Ausgabenkürzungen auszuschöpfen und die Lebensqualität in der Stadt zu erhalten.

RM Eggerichs weist darauf hin, dass die Hundesteuer von 48,00 auf 60,00 Euro pro Jahr (1,00 Euro pro Monat) angehoben werden soll. Bezug nehmend auf den Redebeitrag des RM Homfeldt gibt er zu bedenken, dass Ausgaben – u. a. für neue Krippen – kurzfristig in den Haushalt einfließen. Da die gemeinsam formulierten Ziele jedoch längerfristig sind, sei die Zeit dazwischen zu überbrücken und daher die Inanspruchnahme des Instruments „Steuererhöhung“ erforderlich.

RM Homfeldt erklärt, dass die Erforderlichkeit von Steuererhöhungen unkritisch sei. Ihm gehe es jedoch um den Geist, mit dem dies geschehe. Insbesondere durch die geplante Erhöhung der Gewebe- und Grundsteuern werde der Standort Schortens in der Außenwirkung geschwächt, der Haushalt gleichzeitig jedoch nur um 400.000 Euro verbessert. Daher regt er an, nochmals gemeinsam darüber zu beraten, ob es der richtige Weg ist, Steuern zu erhöhen. In diese Überlegungen sollten auch die bereits formulierten Ziele einbezogen werden, um den Standort Schortens zu stärken.

RM Borkenstein hält es für legitim, Mehreinnahmen durch Steuererhöhungen u. a. für die Finanzierung von Drittkräften einzuplanen, da lediglich Gebühren zweckgebunden einzusetzen sind.

RV Fischer lässt anschließend über den nachfolgenden Beschlussvorschlag des Fachausschusses abstimmen.

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Hundesteuersatzung wird beschlossen.

Der Beschlussvorschlag wird mehrheitlich beschlossen.

9. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 12.06.2012

10. Rathaus-TV (Fremdanbieter/-in) **SV-Nr. 11//0296**

StAR Stamer berichtet über den bisherigen Beratungsstand. Zuletzt erfolgte eine Beratung im Verwaltungsausschuss am 12.06.2012. Im Rahmen dieser Beratung wurde die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob die Anbieter eine kostengünstigere Variante anbieten können. Eine Anfrage ergab, dass die gewünschte Höchstgrenze in Höhe von 1.000 Euro für die Übertragung von 6 Ratssitzungen pro Jahr nicht eingehalten werden kann. Somit würden sich die Kosten für die Übertragung der Ratssitzungen im Jahr auf ca. 1.856,00 Euro belaufen. Aufgrund von unterschiedlichen technischen Voraussetzungen wären jedoch noch Verhandlungen über kleine Details zu führen.

StAR Stamer trägt anschließend den Beschlussvorschlag vor.

RM Borkenstein teilt mit, dass die Mehrheitsgruppe im Rat den Vorschlag unterstützt. Die Gruppe hält dies für eine gute Maßnahme, um mehr Transparenz in die Gremienarbeit zu bringen und vor allen Dingen auch andere Menschen in der Stadt Schortens anzusprechen und sie möglicherweise für kommunalpolitische Arbeit in der Stadt Schortens zu interessieren.

RM Prof. Dr. Appel ist erstaunt über die Kehrtwendung des Rates, da dieser in der konstituierenden Ratssitzung Bild- oder Tonaufnahmen abgelehnt hatte. Er habe bereits in dieser Sitzung die Auffassung vertreten, dass öffentliche Sitzungen auch in Wort und Bild aufgenommen werden können. Aufgrund der finanziell angespannten Situation sollten die Kosten für diese Aufnahmen jedoch nicht durch die Stadt übernommen werden, vielmehr sollte Dritten die Möglichkeit gegeben werden, Aufnahmen auf eigene Kosten herzustellen. Er plädiert dafür, dem Beschlussvorschlag nicht zuzustimmen.

RM Thiesing ist darüber erfreut, dass der Rat nach dem Änderungsantrag in der konstituierenden Ratssitzung in Gespräche eingetreten und zu einem anderen Ergebnis gekommen ist. Dies zeige, dass dieser Rat auch in Gesprächen flexibel reagieren kann. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag heute zustimmen und hofft, dass dieses Angebot von den Bürger-/innen angenommen wird.

RM Just erklärt, dass die BfB/UWG-Gruppe die Öffentlichkeit und Transparenz der Gremienarbeit grundsätzlich unterstützt, jedoch sollte jede Person die Möglichkeit erhalten, Ton- und Filmaufnahmen selbst herzustellen. Er gibt zu bedenken, dass durch die vor einigen Jahren getroffene Entscheidung, die Sitzungen im Zentralort durchzuführen, für die Bürger-/innen relativ kurze Wege entstanden sind und die Möglichkeit einer Sitzungsteilnahme von diesen gut angenommen wird. Bild- und Tonaufnahmen auf Kosten der Stadt sollten aus Sicht seiner Gruppe nicht erfolgen.

Für BM Böhling gehört es für eine moderne, weltoffene Stadt wie Schortens dazu, sich neuen Medien zu widmen. Er gibt den Hinweis, dass die Aufzeichnung gemäß Beschlussvorschlag zunächst befristet für ein Jahr erfolgen und nach Ablauf dieses Zeitraumes die Anzahl der Zuschauer-/innen ausgewertet und über die Fortführung beraten werden soll. Die Zustimmung zu diesem Beschlussvorschlag würde er sehr begrüßen.

RV Fischer lässt anschließend über den nachfolgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Übertragung der Sitzungen des Rates der Stadt Schortens per Livestream im Internet durch eine(n) externe(n) Anbieter/ -in zu realisieren. Dieses Projekt wird vorerst für ein Jahr befristet und dessen Fortführung nach entsprechender Evaluation erneut beraten.**

2. Die Geschäftsordnung des Rates ist dementsprechend anzupassen und in der nächsten Sitzung zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.

Dieser Beschlussvorschlag wird mehrheitlich beschlossen.

**11. Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung Bürgerhaus
SV-Nr. 11//0301**

RV Fischer lässt über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag abstimmen:

Die dem Originalprotokoll im Original beigegefügte Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung wird beschlossen.

Des Weiteren wird das Entgelt für das Kulturabonnement ab der Saison 2012/13 ff. wie folgt festgesetzt:

- 1. Preisgruppe = 90,00 € / ermäßigt 45,00 €**
- 2. Preisgruppe = 80,00 € / ermäßigt 40,00 €**
- 3. Preisgruppe = 70,00 € / ermäßigt 35,00 €**

Dieser Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

12. Anfragen und Anregungen:

- 12.1.** RM Thiesing bittet die Verwaltung, Beschlüsse zukünftig verständlich – auch für alle Bürgerinnen und Bürger - zu formulieren.
- 12.2.** Auf Frage von RM Prof. Dr. Appel teilt BM Böhling mit, dass ihm die Anzahl der leer stehenden Einfamilienhäuser in der Stadt nicht bekannt ist, da diese Häuser in der Regel von Privatpersonen bzw. von Banken oder Maklern angeboten werden.

RM Prof. Dr. Appel hält es für wichtig, dass die Ratsmitglieder hierüber Kenntnis erhalten und regt an, hierzu eine Recherche durch die Verwaltung durchführen zu lassen.

- 12.3.** Auf Nachfrage von RM Ostendorf empfiehlt BM Böhling, eine Anfrage zum Thema Finanzierung der Sanierung des Freizeitbades Aqua-Toll im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu stellen, da ihm der Inhalt der Frage nicht bekannt ist.

Nichtöffentlicher Teil: